

Methode Madrid

Spaniens linke Hauptstadtregierung ist finanziell auf gutem Wege. Seite 9



Heiße Höschen

Um Frauenkörper, Freiheit und Sex geht es in »Untenrum frei«. Seite 15

Foto: imago/Steinach

Dreckiger Drogenkrieg

Philippinische Menschenrechtlerin im Gespräch. Seite 10

Foto: imago/Xinhua



neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Dienstag, 20. September 2016

71. Jahrgang/Nr. 221

Bundesausgabe 1,70 €

www.neues-deutschland.de

STANDPUNKT

Die Angst der CSU

Eva Roth über die Warnungen vor Rot-Rot-Grün auf Bundesebene

Seit Wochen schürt die CSU die Angst vor Flüchtlingen, fordert Obergrenzen und warnt vor einer Überforderung Deutschlands. Jetzt haben die Christsozialen selbst Angst, nicht vor geflüchteten Menschen, sondern vor Rot-Rot-Grün auf Bundesebene. Nach der Berlin-Wahl, die eine Koalition zwischen SPD, Linkspartei und Grünen in der Hauptstadt möglich gemacht hat, gehe es darum, Rot und Grün zum Schwur zu verpflichten, dass sie kein Linksbündnis eingehen, sagt CSU-Generalsekretär Scheuer.

Das ist einerseits dreist. Die CSU hat viel getan, um die Positionen der fremdenfeindlichen AfD zu stärken, indem sie selbst Flüchtlinge zum zentralen Problem Deutschlands erklärt hat. Nun stilisiert sie die Linkspartei zum Teufelchen, mit dem man um Himmels Willen nicht paktieren darf. Andererseits ist die Angst der Christsozialen ein gutes Zeichen: Auch die Seehofer-Truppe hält einen Kurswechsel auf Bundesebene für möglich. Politische Alternativen sind in einer Demokratie ziemlich wichtig. Das gilt unabhängig davon, was man von Rot-Rot-Grün hält.

Die SPD würde der Demokratie einen Dienst erweisen, wenn sie endlich klar sagen würde, wofür sie steht, anstatt etwa in der Flüchtlingspolitik mal Obergrenzen zu verdammen und mal zu erklären, dass sie doch irgendwie nötig sind. Gerade jetzt, in Zeiten des blühenden Nationalismus, sollten die Sozialdemokraten klarstellen, ob sie eine alternative Politik für Deutschland zu bieten haben.

UNTEN LINKS

»Mama, kann ich Schokolade?« Nein, an der Supermarktkasse kann nur Mama Schokolade kaufen. Und sie tut es. Meistens. Quengeln ist eine Geißel der Menschheit. Vom römischen Senator Cato dem Älteren ist überliefert, dass er jede Rede, zu welchem Thema auch immer, mit einem »Ceterum censeo« beendete: »Im übrigen« sei er der Meinung, dass Karthago zerstört werden müsse. Irgendwann stimmte der Senat entnervt dem Dritten Punischen Krieg zu, Karthago wurde dem Erdboden gleichgemacht. Auch die vielen kleinen Feldherren in den Supermärkten erringen heroische Quengelsiege. Einer Umfrage zufolge geben 81 Prozent der deutschen Eltern ihren Kindern nach, wenn diese um Süßigkeiten betteln. Und 72 Prozent sind bei Spielzeug nachgiebig. Quengeln lohnt sich. Die Eltern sehen unterdes hilflos zu, wie ihre Kinder glücklich werden und quengelig bleiben. Und maßlos. Kann ich Karthago? Die Frage hat ihre Weiterung irgendwann im Satz: Kann ich Kanzlerin? uka



Wie ändert man eine Stadt? Und geht das überhaupt? Berlin könnte es jetzt beweisen.

Foto: iStock/Ximagination

Was Berlin will

Initiativen haben hohe Erwartungen an Rot-Rot-Grün

Berlin. Nach den üblichen Parteienrunden im TV am Wahlabend steuert Berlin nun auf Parteigesprächen zu. Und: Auch die Bundesparteien haben sich nach der Abstimmung schon eifrig im Kreis der Schulzuweisungen und Schulterklopfereien bewegt.

Dabei geht es ja jetzt erst so richtig zur Sache. Und damit bleibt auch die Frage, was Berlin eigentlich will, ganz oben auf der Liste. Ein möglicher künftiger rot-rot-grüner Senat weckt unter stadtpolitischen Initiativen nämlich große Erwartungen. »Wir haben zur Kenntnis genommen, dass alle drei Parteien – SPD, Grüne, Linkspartei – beim Thema Mieten und Wohnen Versprechungen gemacht haben«, sagt etwa der Sprecher vom Mietenvolksentscheid Berlin, Rouzbeh Taheri. Auch viele andere Initiativen, Verbände und Interessenvertreter begrüßen den sich anbahnenden Regierungswechsel. Martin Kröger hat sich in der Stadtgesellschaft umgehört und Antworten wie die von Katharina Mühlbeyer vom Berliner Flüchtlingsrat bekommen: »Wir erhoffen uns, dass sich die Dinge grundlegend verändern.«

Ob das klappt, hängt auch von den Parteien ab. Der Parteienforscher Gero Neugebauer sieht weniger inhaltliche Probleme auf Rot-Rot-Grün zukommen als persönliche. Johanna Treblin hat mit ihm gesprochen. Das und alles sonst noch Wichtige über die Berlin-Ergebnisse vom Sonntag auf Landes- und Bezirksebene lesen Sie auf den Seiten 2, 3 und 11

Das Problem der Union

CSU sagt Rot-Rot-Grün auf Bundesebene den Kampf an / Merkel spricht von Mängeln bei der Integration

CSU-Chef Seehofer sieht die Union nach der Wahlschlappe der CDU in Berlin in einer schweren Krise. Diesmal macht er nicht nur die Flüchtlingspolitik für die Niederlage verantwortlich.

Berlin. »So schwierig war die Situation für die Union noch nie.« Mit diesen Worten hat Horst Seehofer das Ergebnis der Abgeordnetenhauswahl in Berlin kommentiert. Die CDU hatte mit 17,6 Prozent das schlechteste Ergebnis ihrer Geschichte eingefahren. Eine SPD-CDU-Koalition ist nun nicht mehr möglich, wohl aber ein rot-rot-grünes Bündnis.

»Wir haben ein dickes Problem«, sagte Seehofer der »Süddeutschen Zeitung«. Dies sei nicht nur in der Flüchtlingspolitik begründet. Die Union müsse zur Sicherheits-, Steuer-, Renten- und Wirtschaftspolitik sowie zu Europa Antworten liefern.

Zuvor hatte die CSU selbst über Wochen die Flüchtlingspolitik in

den Mittelpunkt gerückt und von der CDU eine noch härtere Haltung gegenüber geflüchteten Menschen verlangt, etwa nach der Wahlschlappe der CDU in Mecklenburg-Vorpommern.

CSU-Generalsekretär Andreas Scheuer warnte am Sonntagabend vor einer rot-rot-grünen Koalition auf Bundesebene. »Es geht darum, Rot und Grün zum Schwur zu verpflichten, dass sie kein Linksbündnis eingehen«, sagte er im ZDF. Auch CDU-Generalsekretär Peter Tauber betonte: »Es gilt, eine rot-rot-grüne Regierung zu verhindern.«

Die SPD mag sich allerdings nicht mit der Union gegen die Linkspartei verschwören. SPD-Generalsekretärin Katarina Barley verwies auf einen Leitantrag ihrer Partei, in dem Anforderungen an mögliche Koalitionspartner genannt werden. »Die LINKE muss sich entscheiden zwischen einer Linkspartei von Sahra Wagenknecht und Dietmar Bartsch«,

sagte Barley im ZDF. SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann hält eine Koalition zwischen SPD, Linkspartei und Grünen auf Bundesebene prinzipiell für möglich. Dafür müsse es inhaltliche Übereinstimmungen geben, die er mo-

»So schwierig war die Situation für die Union noch nie.«

Horst Seehofer, CSU

mentan jedoch noch nicht sehe. Dies könne sich allerdings bis zur Bundestagswahl im September 2017 ändern.

Linkspartei-Chef Bernd Rixinger sieht im Erfolg seiner Partei in Berlin ein Signal für den Bund. Die Wahl zeige, dass eine Mehrheit links von der Mitte möglich sei. Die Linkspartei erhielt in Berlin 15,6 Prozent der Stimmen, deutlich mehr als

2011, als sie auf 11,7 Prozent kam. Die SPD warf der Union vor, für das historisch schlechte Abschneiden der Sozialdemokraten in Berlin mitverantwortlich zu sein. Wenn CDU und CSU permanent über die Flüchtlingspolitik stritten, sende die schwarze Bundesregierung das Signal, »dass sie nicht weiß, wo es lang geht«, sagte Oppermann im Deutschlandfunk. Diese Dauerdebatte schade auch der SPD. In Berlin erhielt sie 21,6 Prozent der Stimmen.

Kanzlerin Angela Merkel nannte das Abschneiden ihrer Partei »sehr unbefriedigend«. Die CDU-Chefin räumte Fehler ein: Deutschland sei »nicht wirklich Weltmeister bei der Integration« von Flüchtlingen gewesen. Es habe zu lange gedauert, bis sich die Politik der Aufgabe wirklich gestellt habe. »Wir müssen uns jetzt also gleichsam selbst übertreffen, auch ich«, so Merkel. nd/Agenturen Seite 8

Kremlpartei baut Dominanz aus

Verfassungsmehrheit in der Duma Geringste Wahlbeteiligung seit 2000

Moskau. Bei der Parlamentswahl in Russland hat sich die Kremlpartei Einiges Russland eine verfassungsändernde Mehrheit gesichert. Die Wahlbeteiligung erreichte einen historischen Tiefstand von rund 48 Prozent. Nach Auszählung von mehr als 93 Prozent der Stimmen komme die Partei von Regierungschef Dmitri Medwedew auf 343 der 450 Mandate in der Staatsduma, teilte Wahlleiterin Ella Pamfilowa am Montag in Moskau mit. Im Falle von gemeldeten Verstößen gegen die Wahlordnung kündigte die Wahlkommission Untersuchungen an. Die Abstimmung gilt als Testlauf für die Präsidentenwahl 2018, bei der eine weitere Kandidatur von Kremlchef Wladimir Putin erwartet wird. Nach dem vorläufigen Ergebnis bilden die Kommunisten (42 Sitze), die nationalistischen Liberaldemokraten (39) und Gerechtes Russland (23) weitere Fraktionen in der Duma. Sie gelten als »systemnahe Opposition«. Die Parteien Rodina und Bürgerplattform sowie ein unabhängiger Kandidat errangen je ein Direktmandat. dpa/nd

Seiten 4 und 6

SPD-Konvent winkt CETA durch

Delegierte stellen sich hinter Parteichef Gabriel

Wolfsburg. Im Streit über das geplante Freihandelsabkommen CETA hat sich die SPD hinter ihren Vorsitzenden Sigmar Gabriel gestellt. Beim Parteikonvent in Wolfsburg stimmte am Montagabend eine Mehrheit der Delegierten grundsätzlich für das Abkommen der EU mit Kanada und damit für Gabriels Linie, wie die Deutsche Presse-Agentur aus Teilnehmerkreisen erfuhr. Auf die Auszählung der Stimmen wurde ersten Angaben zufolge verzichtet.

Gabriel hatte sich in den vergangenen Wochen vehement für das umstrittene Handelsabkommen stark gemacht. Hätten ihm die Delegierten die Gefolgschaft verweigert, wäre seine politische Zukunft ungewiss gewesen.

Der Konvent sprach sich nun grundsätzlich für CETA aus. Die Sozialdemokraten plädieren aber dafür, im parlamentarischen Verfahren noch Nachbesserungen zu erreichen – durch eine rechtsverbindliche Zusatzklärung zum CETA-Vertrag, die bestimmte »Klarstellungen« enthält. dpa/nd Seite 7

Waffenruhe in Syrien beendet

Russland erhebt schwere Vorwürfe gegen die Vereinigten Staaten

Damaskus. Syriens Armee hat die Waffenruhe für das Bürgerkriegsland eine Woche nach ihrem Beginn für beendet erklärt. »Bewaffnete terroristische Gruppen« hätten sich nicht an die Umsetzung der Abmachung gehalten, teilte die Armee am Montag der staatlichen syrischen Nachrichtenagentur Sana zufolge mit. In verschiedenen Gebieten habe es mehr als 300 Verstöße gegeben.

Die von den USA und Russland ausgehandelte Waffenruhe war vor einer Woche in Kraft getreten und hatte in den ersten Tagen größtenteils gehalten. Zuletzt wurde sie jedoch immer brüchiger. Die Syrische Beobachtungsstelle für Menschenrechte meldete am Montag weitere Luftangriffe in mehreren Regionen. Auch die Kämpfe zwischen Armee und Rebellen im Osten von Damaskus seien weitergegangen. Russland erhob heftige Vorwürfe gegen die USA. Sie hätten nicht eine der Vereinbarungen eingehalten, erklärte Generalleutnant Sergej Rudskoi vom russischen Generalstab in Moskau. dpa/nd Seiten 5, 6

